

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 30 (1950-1951)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Das fast täglich wechselnde Bild der internationalen politischen Lage, ihrer Entwicklung und ihrer Perspektiven hat vielerorts einen eigenartigen Zustand der Erregung und weitgehenden Verdrusses geschaffen, welcher angesichts der kommenden Dinge unerwünscht und unzweckmäßig erscheint. Vielleicht wäre es gut, man würde sich da und dort gleichsam einer gewissen Unbekümmertheit und einer gewissen inneren Distanz zu den Ereignissen befleißigen; denn es besteht nach wie vor der Gesichtspunkt, daß nach menschlichem Ermessen mit einer längeren Zeitspanne der Ungewißheit und des Auf und Ab gerechnet werden muß. Darauf müssen wir uns einstellen. Gewiß sind die ständigen Spannungen, die Ungewißheiten und dann auch die Widrigkeiten gewisser Meldungen einigermaßen unangenehm und unerquicklich; aber man sollte sich dadurch doch nicht verleiten lassen, die positiven Seiten der Entwicklung der letzten Monate zu übersehen. Bis jetzt ist jedenfalls keine einzige der schweren Befürchtungen zu wirklicher Existenz erwachsen, die man am 25. Juni hegte, und wir möchten der Ansicht Ausdruck geben, daß gerade das Abenteuer mit den «chinesischen Freiwilligen» am Ende für den Westen genau so positiv ausgehen wird, wie es mit der koreanischen Angelegenheit als solcher bis heute geschah. Auch übersieht man doch häufig, daß die Vereinigten Staaten bereits jetzt machtmäßig ganz anders dastehen als vor dem 25. Juni, während andererseits von den übrigen Partnern der westlichen Koalition in höchst angenehmer Weise dafür gesorgt wird, daß eine gewisse Elastizität im politischen Benehmen erhalten bleibt. Eine übertriebene und gefährliche Zuspitzung der Lage durch eine Aufrüstung Westdeutschlands ist bis heute vermieden. Und hat uns andererseits der koreanische Konflikt nicht eine glänzende Konjunktur beschert? Es wäre besser, man würde sich darüber freuen, als ständig mit sorgenvollem Haupte herumzulaufen und ein besonderes Bemühen an den Tag zu legen, die im Auf und Ab unumgänglichen gelegentlichen Hiobsmeldungen herauszupicken und aus ihnen die Leitlinie der Beurteilung zusammenzusetzen. Nun macht man andererseits gerade die gelegentliche Publikation solcher Meldungen der Tagespresse wieder zum Vorwurf. Völlig zu unrecht; ihrer Natur nach und im Sinne ihrer Aufgabe ist die Tagespresse in einem freiheitlichen Land verpflichtet, das Auf und Ab in seinen schwarzen und seinen lichten Seiten gewissenhaft zu reproduzieren. Der freiheitlich erzogene Bürger sollte die Voraussetzungen dafür besitzen, aus der Gesamtheit der auf ihn wirkenden Eindrücke in ruhiger Überlegung seine Schlüsse zu ziehen; dafür ist er schließlich freiheitlich erzogen. General Guisan hat kürzlich in einer Rede in Schaffhausen der Ansicht Ausdruck gegeben, solange sich die Großmächte in Asien in den Haaren lägen, sei eine kriegsartige Auseinandersetzung in Europa unwahrscheinlich. Interessanterweise ist dieser Satz nicht in allen Tageszeitungen erschienen; hat man vielleicht befürchtet, der eigene Rüstungswille könnte dadurch

beeinträchtigt werden? Betrachtet man das Bild der Weltlage unter den heutigen Perspektiven im gesamten, so ist der Ausbruch des dritten Weltkrieges tatsächlich im höchsten Grade unwahrscheinlich. Das Argument, daß das Risiko für die beiden Weltmächte viel zu groß sei, besteht nach wie vor. Was der Westen, außer einer dosierten Aufrüstung, tun kann, das tut er hoffentlich in dem Sinne, daß er seine Kraft dafür verwendet, die Bedingungen für die kommunistische Infiltration und die Anfälligkeit gegen den Kommunismus in der ganzen Welt zu bekämpfen. Was dies in Asien bedeutet, ist ja schon wiederholt dargelegt worden und wird in einem Briefe dieses Heftes erneut angedeutet. Und was Europa betrifft, so ist die Aufgabe klar. Die französischen Wahlen vom Herbst 1951 werden den Nachweis dafür bringen, was wirklich geleistet worden ist. Sollten dann wieder 180 Kommunisten in der Nationalversammlung erscheinen, so wird man die Aufrüstung der französischen Armee mit den Zweifeln betrachten, welche der Überlegung entspringen, daß es schwer sein wird, mit Divisionen gegen Rußland in den Krieg zu ziehen, bei denen jeder dritte Soldat ein Kommunist ist. Ähnlich stellt sich das Problem in Italien. Wir glauben, in diesem Bereiche liegt das erste Ziel der westlichen Politik. Im übrigen gilt es, sich durch das Auf und Ab der Ereignisse nicht zu sehr beeindrucken zu lassen, und mehr die großen Linien zu erkennen. Wohin sie uns am Ende führen werden, das wird freilich kaum jemand zu sagen wissen. Die Möglichkeiten der gleichzeitigen Existenz einer kommunistischen Gruppe und einer freiheitlichen Gruppe sind nach wie vor gegeben, wenn der Westen stark wird, d. h. wenn er innerlich gesundet. Kommt es aber doch zur Katastrophe, so werden wir froh sein um die Nervenkraft, die wir nicht vorher verbraucht haben.

Jann v. Sprecher

Londoner Brief

Wer, mit einiger Kenntnis der englischen Geschichte ausgerüstet, das nach den Zerstörungen durch Hitlers Bomben

neu errichtete «House of Commons»

besucht, kann sich eines Gefühls der Bewunderung für den Sinn für Kontinuität nicht erwehren, mit dem die Engländer es fertig bringen, «Ältestes bewahre mit Treue» und «Freundlich aufgefaßtes Neue» zu vereinigen. Wo in aller Welt würde man einem Parlament einen Verhandlungssaal bauen, in dem von vornherein nur höchstens drei Viertel seiner Mitglieder Platz finden? Wo würde man auf eine Rednertribüne verzichten, von deren Höhe der Redner das um ihn gruppierte Haus anreden kann? Ja, wo wäre es denkbar, daß der Redner das Haus überhaupt nicht anreden darf, sondern seine Worte an den in steinerner Ruhe thronenden «Speaker» richten muß, der noch die gleiche Allonge-Perücke trägt wie in den Zeiten der Stuarts, während geschickt verkleidete höchst moderne Lautsprecher die Worte des Redners auch den Mitgliedern und Besuchern zutragen, denen er beharrlich den Rücken kehrt? Wie der Sachkundige weiß, ist die heutige Anordnung des Hauses auf den historischen Zufall zurückzuführen, daß die Commons ihre Sitzungen 1547, in der Zeit der Tudors, in die infolge der Reformation außer Gebrauch geratene Kapelle des Heiligen Stephan verlegten, und daß in dieser Kapelle die Sitze in sich gegenüber liegenden Reihen, rechts und links vom Altar, auf-

gestellt waren. Aber die Parlamentarier fanden allmählich, daß diese zufällige Anordnung einen sehr guten praktischen Sinn hatte. Saß man auf der rechten Seite, so gehörte man zur Regierung, und saß man auf der Linken, so war man Opposition, und wer von der einen zur andern übergehen wollte, der mußte «den Flur des Hauses überqueren» und so seinen Gesinnungswandel deutlich kundtun. Noch wichtiger aber war, daß die beiden Seiten, besonders ihre Frontbänke, auf denen die Führer Platz nahmen, sich Auge in Auge gegenüberstanden, so daß sie Angriff und Verteidigung dem Gegner ins Gesicht werfen mußten, statt sie zu einer Volksversammlung, das heißt zum Fenster hinaus, zu sprechen. Tatsächlich hat diese Anordnung und der verhältnismäßig enge Raum, auf den das Parlament zusammengedrängt ist, seinen Verhandlungen den Charakter der Konversation, der Auseinandersetzung von Mensch zu Mensch in höherem Grade bewahrt als dies in irgend einem anderen Parlament möglich war, und es hat sorgsam alle Regeln gepflegt, die diesem Charakter dienlich sind. Der Minister, der sich zu einer allzu weitgreifenden Äußerung hat hinreißen lassen, unterbricht seine Rede und setzt sich auf seinem Platz nieder, sowie sich ihm gegenüber, auf der anderen Seite des «Tisches des Hauses», die massive Gestalt Churchills erhebt, um ihm in zwei oder drei pointierten Sätzen die Deutung vorzuhalten, die er dieser Äußerung gibt. Und kein Mitglied des Hauses, das sich entfernt, wird es unterlassen, einen Augenblick gegenüber dem Sessel des Speakers Halt zu machen und ihm durch eine Verbeugung seinen Respekt zu bezeugen.

Die Adreß-Debatte, die nach alter Gepflogenheit die Sitzungsperiode eröffnete, konnte sich mit keinem weitreichenden Regierungsprogramm beschäftigen. Angesichts eines Hauses, in dem sie nur über eine ganz geringe Mehrheit verfügt, beschränkte die Regierung sich in der Thronrede auf die Ankündigung einer einzigen Maßregel, die sie zum Gesetz erheben will. Sie verlangt, daß ihr die

Ausnahmebefugnisse,

die ihr gegenwärtig auf Zeit, nämlich bis Ende nächsten Jahres, zustehen, dauernd, ohne zeitliche Beschränkung, eingeräumt werden. Es paßt ihr nicht, wie Dalton mit brutaler Deutlichkeit aussprach, wenn sie von Jahr zu Jahr eine Verlängerung beantragen muß und dadurch auch dem Oberhaus Gelegenheit gibt, ein Wort mitzureden. Es handelt sich im wesentlichen um Kontrollmaßregeln, zu denen man sich in der Not des Krieges gezwungen gesehen hatte und die einem Minister Eingriffe in die Wirtschaft erlauben, zu denen sonst ein Gesetz nötig war. Daß das ein Einbruch in das System des Rechtsstaats ist, kann niemand bestreiten, und die Opposition hat daher guten Grund, zu verlangen, daß er auf das dringend Notwendige und Unentbehrliche beschränkt wird. Aber die Regierung gab in dieser Beziehung keine beruhigende Zusicherung. Nur eines sagte sie deutlich: das Recht, einem Arbeiter zwangsweise eine Arbeit vorzuschreiben, auf das sie vor einigen Monaten verzichtete, will sie nicht wieder einführen. Natürlich, denn damit würde sie sich bei ihren eigenen Anhängern unpopulär machen, während diese viel weniger gegen Zwangsbefugnisse einzuwenden haben, die voraussichtlich besonders die Besitzenden treffen werden.

Ein anderer Streitpunkt, um den sich die Debatte drehte und der auch noch weiter die Öffentlichkeit beschäftigen wird, ist

die Wohnungsfrage.

Die Konservativen fordern, einem lebhaften Wunsche ihres letzten Parteitags entsprechend, daß künftighin jährlich 300 000 neue Wohnungen erbaut werden, während die Regierung bisher nur 200 000 jährlich erbaut hat und das auch für die Zukunft als das Maximum erklärt. Hier sind es also die Konservativen, die in der Richtung

des Wohlfahrtsstaates weiter gehen wollen als die Sozialisten. Ob diese Steigerung wirtschaftlich möglich ist, ohne andere unentbehrliche Aufgaben zu gefährden, darüber kann man lange streiten. Aber über eines kann man nicht streiten: daß die gegenwärtigen Zustände auf dem Wohnungsmarkt für einen großen Teil der Bevölkerung unerträglich sind. Ein junges Ehepaar muß in der Regel Jahre warten, ehe es ein Heim finden kann. Wer in einer Vorkriegswohnung zum versteinerten Vorkriegspreis wohnt oder auf einer Liste der Bewerber um kommunale Wohnungen obenan steht, ist ein Kind des Glücks. Denn diese Wohnungen werden zu einem Preis vermietet, der weit unter dem wirtschaftlich richtigen, d. h. dem durch die Herstellungskosten bedingten Preis liegt. Die Differenz müssen natürlich die Steuerzahler zuschießen, einschließlich derer, die selbst noch für Jahre auf eine Wohnung warten müssen. Wie viel gesünder wäre es vom konservativen Standpunkt, wenn sie dies System der unwirtschaftlich billigen Mieten angreifen würden! Aber das würde für sie, wie die Wähler heute nun einmal denken, den Verlust der nächsten Wahl bedeuten, während jetzt die Ergebnisse der Nachwahlen auf ein Steigen ihrer Chancen zu deuten scheinen.

Eine besonders traurige Rolle haben in diesen Parlamentsverhandlungen

die Liberalen

gespielt. Ihre neun Abgeordneten brachten es fertig, sich noch in zwei feindliche Flügel — 3 gegen 6 — zu spalten. Es scheint nun einmal ein Gesetz der Parteidentwicklung zu sein, daß eine Partei desto mehr der sektenhaften Zersplitterung ausgesetzt ist, je kleiner sie wird und je mehr ihre Aussichten schwinden. Der Niedergang der einst so großen und bedeutenden Liberalen Partei begann mit dem Konflikt zwischen Asquith und Lloyd George während des ersten Weltkrieges. Heute ist Lloyd Georges Tochter Megan die Führerin der Dissidenten und Asquiths Tochter, Lady Violet Bonham Carter, hat der Entrüstung der Parteimehrheit über dieses Treiben den schärfsten Ausdruck gegeben. Eine Reminiszenz, die nicht gerade erfreulich ist.

Der Versuch des Komintern, in Sheffield eine sogenannte

«Friedensdemonstration»

zu organisieren, ist gescheitert. Damit ist man wohl allseits zufrieden. Aber die Methode, mit welcher der «Home Secretary» Chuter Ede dies fertig gebracht hat, indem er zahlreichen Delegierten die Landung verweigerte, hat ihm im Parlament und in der Presse heftige Angriffe von links und rechts eingetragen. Bezeichnend war, daß einer der schärfsten Kritiker ein Tory, Lord Hinchinbrooke, es war, der sogar Perikles' Rede am Grabe der gefallenen Athener zu Gunsten der Ausgeschlossenen zitierte. Aber es scheint nicht, als ob das große Publikum sich von solchen Skrupeln sehr plagen ließe. Es stellt sich einfach auf den Standpunkt, daß dem Einen recht, was dem Anderen billig ist und daß die Russen und ihre kommunistischen Freunde sich nicht beklagen dürfen, wenn ihnen nicht erlaubt wird, was sie keinem ihrer Kritiker gestatten. Wenn der englische «Immigration Officer» jeden harmlosen Einwanderer zurückweisen kann, warum soll sich die Regierung nicht dieser Befugnis bedienen, um einen groben Unfug, und dafür hielt man diese Demonstration, zu verhindern? In der Tat bedroht dies Vorgehen weder das Recht der freien Rede noch das des Asyls politischer Flüchtlinge, die dem Engländer ans Herz gewachsen sind. Die freie Diskussion setzt zum mindesten voraus, daß man auf beiden Seiten sachlich die gleiche Sprache spricht, d. h. mit einem Worte den gleichen Begriff verbindet. Aber der «Economist» hat kürzlich ein von zwei russischen Gelehrten verfaßtes und von der russischen Staatsdruckerei ver-

öffentliches «Fremdwörterbuch» ans Licht gezogen, das in seinen Definitionen alle politischen Begriffe konsequent auf den Kopf stellt. Man braucht kein Freund der englischen Labourpartei zu sein, um den Kopf schütteln zu müssen, wenn sie hier definiert wird als eine «reformistische Partei, die sich zwar Arbeiterpartei nennt, die aber in Wahrheit unter den Arbeitern eine Bourgeoispolitik als Agenten der amerikanischen Imperialisten betreibt». Wer kann sich da einbilden, daß bei einer Diskussion mit solchen Leuten etwas herauskommt?

Erich Eyck

Brief aus Bombay

Man kann den Bürger im «Faust» wirklich beneiden, wenn er sagt: «Nichts Beßres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen/ Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei / Wenn hinten, weit in der Türkei / Die Völker aufeinander schlagen». Denn heute betrifft es den Bürger, wo immer er auch sei, höchst persönlich, wenn die Völker, sogar weiter entfernt als die Türkei von Europa ist, sich gegenseitig bekriegen. Ja, der Bürger, sei er in Europa oder Amerika, wird in Mitleidenschaft gezogen, wenn sich, wie jetzt, kriegerrische Episoden auf den Höhen des Himalaya abspielen.

Um die Ereignisse in Asien einigermaßen zu verstehen, muß man sich von der heute üblichen und sehr primitiven Einstellung freimachen, daß sich der große Kampf in der Weltpolitik zwischen amerikanischem Kapitalismus und russischem Kommunismus abspielt. Es wäre viel zu einfach, wollte man die Wirren in Asien unter dieser Überschrift rubrizieren und abwarten, wie sich dieser Kampf unter Aufrüstung der beiderseitigen Gruppen und Hilfsgruppen entwickeln und schließlich auswirken wird. Nein, das bringt uns nicht weiter. Wir müssen vielmehr den Dingen auf den Grund gehen und versuchen, Abhilfe zu schaffen, wo Mängel offensichtlich vorliegen, um den Kommunismus in Asien zu bekämpfen und ihm den Wind aus den Segeln zu nehmen.

In Asien nämlich ist der Gegner, der den

vorwärtsschreitenden Kommunismus

aufzuhalten versucht, der im langsamen Rückzug befindliche europäische Kolonial-Imperialismus, der vom 16. und 17. Jahrhundert her datiert. Die Mächte, England, Frankreich und Holland, bemühen sich, auf demokratische Einrichtungen umzuschalten, während der Kommunismus den asiatischen Völkern das Paradies auf Erden verspricht, vermittelt einer überaus geschickten und individuell eingestellten Propaganda, und, was man objektiverweise feststellen muß, in der Tat, wo er Fuß faßt, oft Besserungen gegenüber orientalischem Despotismus und Korruption oder veralteten Kolonisationsmethoden mit sich bringt. Das ist freilich die beste Propaganda, besonders wenn man sich den für europäische oder gar amerikanische Verhältnisse unmöglich niedrigen Lebensstandard der asiatischen Massen vor Augen hält. In Wirklichkeit ist dieser Standard gerade an der untersten Grenze der Existenzmöglichkeit und bei den regelmäßig auftretenden Hungersnöten oftmals darunter. (So stößt eben der vordringende Kommunismus in Asien auf ganz andere Verhältnisse als in Europa, wo z. B. in der einst wirklich demokratischen Tschechoslowakei ein Volk, in das kaudinisch-totalitärkommunistische Joch gezwängt, kulturell und politisch sich rückwärts bewegt.)

Von Indien aus gesehen rückt der Kommunismus von Norden und Osten beinahe schon systematisch vorwärts. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, abgesehen

von Korea, die Philippinen als östlichsten Punkt, wo eine zu schwerster Korruption neigende Regierung sich der kommunistischen Hukkabalabs, kurz «Huks» genannt, zu erwehren versucht. (Plakate in Manilas Hotels und Restaurants: «Schußwaffen sind in der Garderobe abzugeben».) In Indochina kämpfen französische Truppen und die meist aus Deutschen zusammengesetzte Fremdenlegion Rückzugsgefechte, während man den Bewohnern des Landes in völliger Verkenennung der Situation nicht erlaubt, sich der kommunistischen Eindringlinge zu erwehren. Nach den letzten vorliegenden Berichten will man eine neu zu organisierende Viet-Nam-Armee dazu benutzen, im Hinterland für Ruhe und Ordnung zu sorgen, ein sehr kümmerlicher Kompromiß, der möglicherweise mehr Schaden als Nutzen bringen wird. Aus Indonesien hat sich Holland nach der unzeitgemäßen «Polizei-Aktion» zurückgezogen. Noch geistert aber der Streit über Neuguinea zwischen Holland und Indonesien, und man kann nur hoffen und wünschen, daß es nicht nur in beiderseitigem, sondern auch im Interesse der gegen den Kommunismus kämpfenden Mächte zu einer baldigen Einigung kommt. Ähnliches kann man auch von der Malaischen Halbinsel sagen, wo britische Truppen und Polizeikräfte gegen kommunistischen Terror ankämpfen, der wohl erst dann unterdrückt werden kann, wenn man die Eingeborenen zum bewaffneten Widerstand gegen die Guerillas heranzieht.

Nun hat Indien selbst durch die

Besetzung Tibets

die Rote Chinesische Armee an seinen Grenzen, und damit ist die bis jetzt geltende Ansicht, daß der Himalaya ein natürliches Hindernis bildet, durch sehr praktischen Anschauungsunterricht ad absurdum geführt worden. Auch hier haben die Kommunisten ein Land betreten, das von den mit tausenden von buddhistischen Mönchen bevölkerten Klöstern ausgenutzt und ausgesaugt worden ist, und es ist darum kein Wunder, daß ein großer Teil der Bevölkerung, der seit vielen Generationen ein mehr als armseliges Dasein in der winterlichen Kälte des Himalaya führt, das Eindringen der Roten Armee als Befreiung ansieht. Allerdings muß man dem indischen Premierminister Nehru Recht geben, wenn er darauf hinwies, daß durch Verhandeln auf friedlicher Basis sich eine alle Teile befriedigende Lösung hätte finden lassen. Wahrscheinlich hat aber das Zurückgehen der nordkoreanischen Armee die Regierung in Peking veranlaßt, sich die billigen Lorbeeren in Tibet zu holen.

Wenden wir uns nun dem

Innern Indiens

zu, so finden wir die erstaunliche und in Europa viel zu wenig bekannte Tatsache, daß das Land sozusagen einige Museumsstücke von kolonialem Imperialismus enthält, und zwar in Form von französischen und portugiesischen Enklaven. Nachdem England in weiser Voraussicht seine Herrschaft in Indien aufgegeben und damit sich das Land zum Freund gemacht hat, mit dem es in wirtschaftlich enger Beziehung zusammenarbeitet, halten Frankreich und Portugal an ihren in jeder Beziehung unbedeutenden Kolonien fest, obwohl sie Zuschußgebiete darstellen; — wahrscheinlich aus falsch verstandenen und jedenfalls unzeitgemäßen Prestigegründen. Frankreich hat allerdings den winzigen Distrikt Chandernagore in Bengalien kürzlich der indischen Verwaltung übergeben und versprochen, in den übrigen Gebieten Volksabstimmungen abzuhalten, während Portugal sich in jeder Beziehung unnachgiebig erweist. In seinen drei kleinen Besitzungen, alle in der Nähe von der Stadt Bombay, gibt es keine Rede- und Pressefreiheit. Die portugiesische Regierung hat es sogar kürzlich für notwendig befunden, kolonialafrikanisches Militär in Goa, der Hauptkolonie, zu stationieren. Mit wirklich vorbildlicher Geduld sieht die indische Re-

gierung diese anachronistischen Zustände in ihrem Lande und versucht, in friedlich-vermittelnder Weise auf die Regierungen von Frankreich und Portugal einzuwirken. Das sollte um so höher eingeschätzt werden, als es sich hier wirklich um kleine Gebiete mit einer Einwohnerzahl von weniger als einer Million (bei 320 Millionen in Indien) handelt, die durch eine Polizei-Aktion innerhalb von 24 Stunden liquidiert werden könnten.

Ernst Schäffer

Brief aus Jugoslawien

Seitdem vor mehr als einem halben Jahr an dieser Stelle der letzte Bericht über das Reich Marschall Titos erschien (siehe Märzheft 1950), haben sich in Jugoslawien einige bedeutsame Veränderungen vollzogen, deren letztes Stadium noch keineswegs erreicht ist. Mehr als zwei Jahre hat es gebraucht, bis die Belgrader Regierung zur Einsicht kam, daß heute ein Lavieren zwischen West und Ost nicht möglich ist, — schon gar nicht, wenn man an einer so exponierten Stelle an der Nahtlinie zwischen den beiden Machtblöcken sitzt und obendrein von der einen Seite seit Jahr und Tag mit unversöhnlichem Haß als «Verräter» verfolgt wird. Wahrscheinlich aber hätte es noch länger gedauert, bis Marschall Tito zu der in diesem Fall einzig richtigen Erkenntnis des Anschlußsuchens an den Westen kam, — aber der so plötzlich ausgebrochene Koreakonflikt hat die Belgrader Machthaber doch sehr rasch von manchen Illusionen befreit, die sie zweifellos als vermeintlich «Neutrale» seit Monaten gehegt hatten. Immer wieder war in den Sommermonaten von sowjetischen Truppen- und Panzerkonzentrationen an den südslawischen Nord- und Ostgrenzen die Rede, und im September mußte der Marschall sogar drei Minister der kroatischen Landesregierung von ihren Posten entfernen, weil diese aus dem damals schon als entschieden angesehenen Koreakonflikt ihre eigenen Schlüsse gezogen und sich insgeheim in den Dienst Moskaus gestellt hatten. Dann aber kam die Wende. Aber auch diese wäre wohl allein für eine außenpolitische Kursänderung nicht ausschlaggebend gewesen, denn bis zum heutigen Tag vertritt Tito nicht etwa einen reformistischen Kommunismus, sondern im Gegenteil den doktrinären, «wahren, alten Marxismus-Leninismus, der in Moskau verfälscht wurde», wie man in Belgrad immer wieder zu hören bekommt. Dann aber enthob das katastrophale Ergebnis der Ernte die Belgrader Regierung aller weiterer Überlegungen über das Tempo der Annäherung an den Westen.

Jugoslawien hatte wohl schon nach dem Kriege einige

schwache Ernten

erlebt, aber das heurige Jahr war eine Katastrophe im wahrsten Sinne des Wortes. In Dalmatien und Montenegro z. B. gab es durch ein halbes Jahr keine Regenfälle, in Bosnien einen einzigen und auch in den anderen Gebieten blieben die Niederschläge aus. So kam es, daß die Ernte an Brotgetreide ziemlich schlecht, die an Futtermitteln aber völlig unzureichend war. Man war also gezwungen, sogleich umfangreiche Schlachtungen vorzunehmen, wodurch die langsame Steigerung des Viehbestandes wieder zunichte gemacht wurde. Aber es fehlten auch Kartoffeln, Hülsenfrüchte und Gemüse, so daß Marschall Tito nichts anderes übrig blieb, als seinen Botschafter in Washington damit zu beauftragen, das noch vor einiger Zeit so viel gelästerte «kapitalistische» Amerika um Hilfe anzugehen. Da die eigene Ernte für die Herbstaussaat verwendet werden mußte, lag es also völlig in der

Hand der Vereinigten Staaten, zu helfen — oder sich zu revanchieren. Trotz der schlechten Erfahrungen, die Amerika mit der UNRRA-Hilfe von 430 Mill. Dollar für Jugoslawien gemacht hatte, beschloß man in Washington, auch diesmal zu helfen.

Die zweite Etappe einer Hilfe für Jugoslawien müßte freilich ein Millionenkredit für die Ingangsetzung der halbfertigen Industrieanlagen sein; — aber den kann nur der Kongreß gewähren. Dort aber erinnert man sich noch zu gut an die Geschichte der letzten fünf Jahre, die nicht nur die Ausschaltung jeglicher Opposition, sondern — vor vier Jahren, im Sommer — auch den mutwilligen Abschluß amerikanischer Flugzeuge brachte. Es ist also für den neuen Kongreß wirklich eine Gewissensfrage, ob er dem Diktaturstaat solche Geschenke machen kann.

Marschall Tito weiß von diesen Widerständen in Amerika und er versucht daher, Zeichen seiner Loyalität zu geben, die nicht viel kosten. Nur so ist es zu erklären, wenn er seine

UNO-Delegation in Lake Success

beauftragt hat, fortan für die westlichen Ammendements zu stimmen, wenn er seine Bereitschaft zu einem freundschaftlichen Zusammenleben mit seinen westlichen und südlichen Nachbarn betont, die griechischen Kinder endlich zurückgeben will und selbst eine eventuelle Beteiligung jugoslawischer Truppen an einer UNO-Aktion in Aussicht stellt. Ganz aufrichtig ist das alles nicht, wenn man den Dingen auf den Grund geht, denn vor kurzem erst haben zwei prominente slowenische Regierungsmitglieder erneut den Anspruch ihres Landes auf Südkärnten angemeldet und sich in grundlosen Anschuldigungen gegen die österreichische Regierung ergangen. Und in Griechenland unterstützt Belgrad immer noch die slawische Minderheit, weil ja der alte Traum eines Zuganges auch zur Ägäis immer noch nicht ausgeträumt zu sein scheint.

Da die westlichen Journalisten keine Ruhe geben und immer wieder etwas über das Ergehen des jetzt nun schon vier Jahre inhaftierten Agramer

Erzbischofs Dr. Štepinac

wissen wollen, scheint sich Tito sogar entschlossen zu haben, ihn freizugeben und hofft, ihn gleichzeitig los zu werden. Aber der Kirchenfürst, ein ehemaliger Offizier, ist ein zu selbstbewußter Mann, als daß er diese Gnade annehmen würde. Von den anderen, fast 2000 hingerichteten, eingekerkerten und deportierten Priestern gar nicht zu reden; sie sind eine schlechte Visitenkarte für den Staat Titos, der es jetzt — zur Abwechslung — wieder auf die Schleier der mohammedanischen Frauen abgesehen hat.

In unserem Märzbericht haben wir die Vermutung ausgesprochen, daß Jugoslawien seinen 1947 erstellten

Fünfjahresplan

— wenn auch unter großen Schwierigkeiten — zeitgerecht werde erfüllen können. Heute zeigt sich aber schon, daß die Probleme, die durch die völlige Umgestaltung der jugoslawischen Wirtschaft entstanden sind, doch größer waren, als man anfänglich annehmen konnte. Gingen doch 1947 rund 52 % der jugoslawischen Ausfuhr nach den Staaten des Ostblocks und rund 50 % der Einfuhr stammten aus den gleichen Ländern. Über Nacht mußte man sich umstellen; — aber bis heute hat der Wert des jugoslawischen Außenhandels nur etwa 200 Mill. Dollar (1950) erreichen können gegenüber von 300 Mill. Dollar im Jahre 1947. In der Praxis bedeutet das, daß z. B. alle seinerzeit in der Tschechoslowakei bestellten Maschinen für ein projektiertes Kraftwerk in Bosnien ausblieben und man versuchen mußte, in anderen Staaten Ersatz zu finden. So kam es zu langen Unter-

brechungen bei den verschiedensten Bauvorhaben und wenn auch Deutschland und Österreich jetzt Maschinen liefern, so besteht doch kein Zweifel mehr darüber, daß die Fristen des Fünfjahrplanes keineswegs werden eingehalten werden können.

Aber auch in der neuen, bereits funktionierenden Industrie ergaben sich heuer große Schwierigkeiten, als infolge des Regenmangels die großen Metallfabriken in Mazedonien von den Kraftwerken keinen Strom mehr erhielten und so ihre Arbeit teilweise einstellen mußten. Das bedeutet aber, daß der drückende Engpaß an Gebrauchsgütern noch lange Zeit nicht beseitigt werden kann. Wie stark das Verlangen nach diesen Gegenständen des täglichen Gebrauches (so z. B. Kämme) ist, konnten auch die 45 Schweizer Firmen, die heuer an der Agramer Messe teilnahmen, feststellen: selbst minderwertige Güter fanden dort starke Beachtung, so daß zunächst eigentlich unbeschränkte Absatzmöglichkeiten bestünden — hätte Jugoslawien nur die nötigen Devisen.

Auch die oft erwähnte Frage nach den Auswirkungen der

Neuorientierung Jugoslawiens auf kulturellem Gebiet

verlangt eine Beantwortung. Es wird sicher interessieren, daß jetzt in den höheren Schulen der Englisch-Unterricht an Stelle des Russischen getreten ist, das bis 1948 vorherrschend war. Freilich steht Russisch auch heute noch auf dem Lehrplan und die Schüler der höheren Klassen, die schon längere Zeit diese Sprache betreiben, bleiben auch heute dabei, aber in den unteren Klassen dominiert Englisch, gefolgt von Französisch und Deutsch. Nur in den Buchläden kann man noch viel russische Bücher, die zumeist noch aus der Zeit der literarischen Masseninvasion in den ersten Nachkriegsjahren herkommen, vorfinden und unter ihnen nicht nur Puschkin und Gogol, sondern auch Majakowski, Scholochow und die politischen Schriften der russischen Kommunisten — Plechanow, Axelrod, Herzen u. a., vielfach sogar in serbischer Sprache. Unter der Belletristik steigt jetzt wieder der Anteil der französischen Autoren, in geringerem Maße auch der Angelsachsen und Deutschen. Besonders beliebt sind scheinbar immer noch die französischen Romanschriftsteller des 19. Jahrhunderts und die realistischen Erzähler Englands von Dickens bis Priestley. Neuerdings kann man auch eine serbische Übersetzung von Goethes «Faust» und eine verkürzte Neuausgabe von Eckermanns Gesprächen in den Auslagen finden.

Auch in Theater und Kino ringen westliche und östliche Einflüsse um die Sympathien der Besucher. In den Opern überwiegen immer noch die italienischen Meister von Rossini bis Puccini, sonst spielt man — neben einheimischen Autoren — auch Molière und Shaw. In den Konzerten kann man Beethoven und Schubert, aber auch Chopin und Tschaikowsky hören. In den Kinos schließlich werden alle möglichen Filme gegeben, — auch russische, deren Kopien nach dem Bruch mit Moskau im Lande blieben und die immer noch — mit einigen Schnitten — in den Lichtspielhäusern laufen. Aber neben den noch reichlich unbeholfenen einheimischen Filmen haben sich doch wieder die amerikanischen, englischen und französischen Filme in den Vordergrund geschoben. Je weiter man im Westen des Landes ist, desto größerer Beliebtheit erfreuen sie sich, denn sie sind doch letztlich die einzige Erinnerung an ein freies Leben ohne die heute so drakonischen Einschränkungen auf allen Sektoren des täglichen Lebens. Der neue Kurs der Marshalls läßt auch seine kleinen Staatsbürger wieder hoffen, daß es so etwas, wie es die westlichen Filme zeigen, auch wieder einmal in Jugoslawien geben wird.

Militärische Umschau

Die militärische Stärke Rumäniens

Von bestorientierter Seite gehen uns aus *Rumänien* folgende Nachrichten zu:

Die reguläre Armee, in der Stärke von 280 000 Mann, gliedert sich wie folgt: 9 Infanteriedivisionen, 3 Divisionen Kavallerie, 2 Divisionen Gebirgsjäger, 3 Panzer-Brigaden (mit «T 34» und «Stalin»-Panzern ausgerüstet), 1 Division motorisierte Infanterie, 1 gemischte motorisierte Brigade, 1 Division schwere Artillerie, 2 Divisionen Flugzeug-Abwehrgeschütze, 5 Brigaden Grenzfänger (seit dem Frühjahr 1950 den Spezialtruppen des Innenministeriums zugeteilt), 1 Division Jagdflugzeuge, 1 Division Fallschirmjäger, 2 Marine-Brigaden.

Die Truppe ist bis hinunter zur Kompanie mit Politkommissaren durchsetzt. Zur regulären Armee kommen noch die Truppen des Innenministeriums hinzu, in der Stärke von 100 000 Mann, zu denen laufend aktive Kampfeinheiten geschlagen werden, ferner die Miliz, ca. 240 000 Mann umfassend, die jedoch militärisch nicht als voll einsatzfähig gilt.

Wenn man berücksichtigt, daß der Friedensvertrag von 1947 Rumänien für das Landheer 124 000, für die Luftwaffe 8000 und für die Marine 6000 Mann zugestand, erhellt sofort, wie sehr inzwischen die Effektivbestände gegenüber dem vertragsmäßigen Stand verstärkt worden sind. Selbst in den Jahren der Kriegführung gegen die Sowjetunion erreichte die Stärke der rumänischen Armee nie diesen Höchststand in der rumänischen Geschichte. Aufbau, Ausbildung und politische Erziehung der rumänischen «Volksarmee» erfolgen begreiflicherweise nach sowjetischem Vorbild. Ausrüstung, Ernährung und Behandlung sind verhältnismäßig vorbildlich. Auch die Kritiker des zivilen Sektors der rumänischen Volksdemokratie versagen dieser rumänischen Aufrüstung ihre Anerkennung nicht.

Kantonale Militärprobleme

Der Kriegsbeginn in Korea zeigte die großen Schwierigkeiten, die sich der UNO bei der Aufstellung einer internationalen Streitmacht in den Weg stellen. Der Sicherheitsrat ist auf den mehr oder weniger guten Willen der einzelnen Mitgliedstaaten angewiesen, die nach freiem Ermessen entscheiden, ob und mit welchen Truppen sie sich an der UNO-Aktion beteiligen wollen. Diese Schwierigkeiten erinnern an ähnliche Verhältnisse in der alten Eidgenossenschaft, als die Tagsatzung auf den mehr oder weniger guten Willen der einzelnen Stände angewiesen war. Seither haben sich die Verhältnisse grundlegend geändert. Verschiedene kantonale Schritte in der Frage einer neuen Truppenordnung zeigen aber, daß selbst heute noch das föderalistische Denken kantonaler Regierungen sachliche Entscheidungen im gesamtschweizerischen Rahmen stört und hemmt.

Der Entwurf des Bundesrates für eine *neue Truppenordnung* trägt der föderalistischen Gliederung unseres Landes weit stärker Rechnung als die Truppenordnungen von 1936 und 1947. In der nachstehenden Vergleichstabelle sind die Einheiten und Bataillone der Grenzinfanterie nicht berücksichtigt, weil ihre Verteilung auf die Kantone nicht von der Bundesversammlung, sondern vom Bundesrat beschlossen und in der Gesetzessammlung nicht veröffentlicht wurde. In der Zahl der 14 kantonalen und 10 eidgenössischen Dragonerschwadronen tritt keine Änderung ein.

	Truppenordnung 1947		Entwurf 1950	
	kantonal	eidgenössisch	kantonal	eidgenössisch
Auszug (20—36)				
Füs. und S.Kp.	357	11	363	—
Füs. und S.Bat.	93	28	116	5
Landwehr (37—48)				
Ter.Füs.Kp.	226	1		
Füs.Kp.Lw.			290	1
Ter.Mitr.Kp.	72	3		
Sch.Waf.Kp.Lw.			95	2
Ter.Füs.Bat.	72	3		
Füs.Bat.Lw.			94	3

Die Übersicht zeigt namentlich bei der Infanterie des Auszuges eine erhebliche Verschiebung zugunsten der kantonalen Truppen. Sie erfolgt einerseits durch die Zuweisung von zehn Schützenbataillonen an die Kantone, die diese stellen, und andererseits durch die Auflösung der bisherigen Infanteriebataillone der Landwehr I (33.—36. Altersjahr), die vielfach aus Truppen mehrerer Kantone gebildet werden mußten. Die neuen Auszugsbataillone mit Mannschaften vom 20. bis 36. Altersjahr ergeben somit eine Vermehrung der kantonalen Bataillone. Ausnahmen gibt es nur bei den Truppen der Halbkantone, sowie im Birstal, wo das bernische Laufental und das solothurnische Dorneck durcheinandergreifen und die Aufstellung gemischter Bataillone in Auszug und Landwehr bedingen. In der neuen Truppenordnung verschwinden im Auszug elf eidgenössische Füs.Kp., und es verbleibt eine einzige eidgenössische Füs.Kp. der Landwehr. Von 28 eidgenössischen Bataillonen des Auszuges (und der Landwehr I) bleiben nur noch deren 5 eidgenössisch, während 23 Bataillone kantonal werden. Das ist doch eine wesentliche Gewichtsverschiebung, an der nahezu alle Kantone beteiligt sind.

Es ist nicht verständlich, weshalb die Mitr.Kp. der Truppenordnung 1947 und die Schweren-Waffen-Kp. des Entwurfes 1950 in Auszug und Landwehr verschieden behandelt werden. Während sie seit ihrer Entstehung im Auszug eidgenössische Truppen bildeten, werden sie beim Übertritt in die Landwehr seit 1938 in kantonale Truppen umgewandelt.

Selbst bei der Zusammensetzung der Infanterie-Regimenter nimmt die neue Truppenordnung vermehrte Rücksicht auf die kantonale Zugehörigkeit, in einem Fall sogar auf Kosten der sprachlichen Einheit. Die Freiburger Presse äußerte Genugtuung über die Tatsache, daß ihr Kanton in Zukunft zwei Auszugs-Regimenter bilde, neben dem französischsprechenden Rgt. 7 das Regiment 1 mit welschen und deutschsprachigen Bataillonen. So sehr diese Lösung vom föderalistischen Gesichtspunkt aus verständlich ist, so nachteilig ist sie militärisch. Man denke vor allem an die Regimentstruppen (Nachrichtenkp., Grenadiere und FlabKp.), sowie an die Schwierigkeiten der Befehlsgebung und der Übermittlung in einem zweisprachigen Regiment. Während in der heute geltenden Truppenordnung unter den 37 Infanterieregimentern des Auszuges 13 aus Truppen verschiedener Kantone gemischt sind, werden nach der neuen Truppenordnung nur noch 5 der 33 Auszugsregimenter aus Truppen verschiedener Kantone gebildet.

Aber selbst diese vermehrte Berücksichtigung kantonaler Sonderinteressen befriedigte nicht alle Kantone. Die Kantone *Bern* und *Wallis* wehrten sich mit Erfolg gegen eine Aufteilung der beiden Bataillone des Oberwallis auf zwei verschiedene Brigaden und gegen die Zuweisung eines Aargauer Bataillons in das Berner Regiment 16. Man hat im Bundeshaus diesen beiden Kantonen leider nachgegeben, trotzdem nunmehr zwei Grenzbrigaden über keine Auszugsbataillone verfügen wer-

den, zwei andere dagegen über deren zwei. Weniger Erfolg hatte der Kanton *Tessin* mit seinem Widerstand gegen die Auflösung des 1938 gekünstelten zweiten Tessiner Regiments. Bis dahin hatte der Tessin nur das Regiment 30 zu drei Bataillonen aufgestellt und einige den Bataillonen als V. und VI. Kp. angegliederte Talwehrkp. Aus diesen Auszugstruppen wurden 1938 zwei Regimenter zu je zwei Bataillonen gebildet. Sechs Stäbe für vier Bataillone sind reichlich viel. Da die künftige Truppenordnung nur noch Regimenter zu drei Bataillonen kennt, soll der Tessin wieder das alte Regiment 30 zu drei Bataillonen für die 9. Division aufstellen, während das 1938 geschaffene Schützenbataillon 9 als selbständiges Auszugsbataillon zur Tessiner Grenzbrigade stößt. Aufgelöst wurden somit nur der Stab des Regiments 32 und die Nachrichten- und Grenadierkp. 32. Die Tessiner aber wehrten sich nicht nur gegen dieses Projekt, sondern wünschten sogar ein fünftes Auszugsbataillon, trotz allen Schwierigkeiten, Kader und Bestände für die bereits bestehenden vier Bataillone aufzubringen. Gegenüber diesen Sonderinteressen ist man in Bern glücklicherweise fest geblieben. Es ist im übrigen ehrenvoller, eine kleine Zahl von Truppen mit ausreichenden Beständen aufzustellen, als eine größere Zahl mit unzureichenden Beständen und ungenügender Kaderzahl.

Randbemerkungen zum Bunkerprozeß

Der zur Zeit in Bern durchgeführte Bunkerprozeß richtet sich, wie der frühere Internierungsprozeß, gegen zwei verschiedene Gruppen von Angeklagten: auf der einen Seite Bauunternehmer, die in gefahrdrohender Zeit minderwertige Anlagen erstellt haben, auf der andern Seite Organe der Armee, die ihre Aufsichts- und Kontrollpflicht mangelhaft erfüllten. Man muß diese beiden Gruppen scharf auseinanderhalten, denn ihr Verschulden liegt auf zwei ganz verschiedenen Ebenen. Auf der einen Seite schamlose Habgier, die sich nicht scheut, für die Armee kriegsuntaugliche Werke zu erstellen, die Eidgenossenschaft dadurch finanziell zu schädigen und das Leben der Werkbesatzungen zu gefährden. Auf der anderen Seite eine erschreckende Schlamperei ohne schlechte Absicht, ein Versagen in der Leitung und Kontrolle der Befestigungsbauten, ohne das die Verfehlungen der Unternehmer nicht möglich gewesen wären.

Man muß sich sodann vor Augen halten, daß der Prozeß ein Tätigkeitsgebiet betrifft, das normalerweise in den Aufgabenkreis der Verwaltung gehört. Selbst unsere Genietruppen sind für die Erstellung permanenter Befestigungen weder ausgerüstet noch ausgebildet. Die Leitung solcher Arbeiten lag denn auch vor dem Aktivdienst bei einer Verwaltungsstelle, dem Bureau für Befestigungsbauten (BBB). Im Aktivdienst wurde dieses Bureau dem Geniechef der Armee unterstellt — und hier liegt vielleicht schon der erste grundlegende Organisationsfehler. Eine Unterstellung unter die Festungssektion wäre wohl das Richtige gewesen. Mit dem Aktivdienst und besonders mit dem Bezug des Reduits wuchsen die Baubedürfnisse der Armee nahezu ins Unermeßliche. Der Maginotgeist machte sich auch bei uns bemerkbar, und vielerorts glaubte man, nur hinter meterdicken Betonmauern kämpfen zu können. Das gewaltig angestiegene Bauvolumen konnte vom BBB nicht mehr allein bewältigt werden und wurde auf die in den einzelnen Abschnitten eingesetzten Heereseinheiten aufgeteilt. Es begann überall eine wilde Bauerei, die nicht immer sorgfältig geplant und vorbereitet worden war. Für den Standort eines Werkes waren offenbar auch nicht immer taktisch richtige Grundsätze maßgebend. So ist es zu erklären, daß im Abschnitt einer Division verschiedene Werke desarmiert und für den Beschuß durch Artillerie und Flieger freigegeben wurden. Dabei erlebte man dann die peinliche Überraschung, daß gewisse Werke dem Beschuß einen viel zu geringen Widerstand boten. Dies führte zur gründlichen Untersuchung und schließlich zum Prozeß.

Analog der Unterstellung des BBB unter den Geniechef der Armee unterstellte man auch die Baubureaus der Heeresseinheiten ihren Geniechefs, die für diese Verwaltungsaufgabe militärisch in keiner Weise vorbereitet waren. Da aber diese Offiziere vorwiegend tüchtige, diplomierte Bauingenieure mit reicher Berufserfahrung waren, zeigten sich die meisten ihrer neuen Aufgabe in technischer wie in organisatorischer Hinsicht durchaus gewachsen. Das jetzt von einem Divisionsgericht zu durchleuchtende Versagen der Geniechefs der 2. Division scheint glücklicherweise eine Ausnahme zu sein.

Ohne dem Ergebnis des Bunkerprozesses irgendwie vorgreifen zu wollen, können doch schon heute gleich wie aus dem Internierungsprozeß gewisse Lehren gezogen werden. Es ist ein *Fehler*, im Aktivdienst der Armee Aufgaben zu überbinden, für die sie nicht ausgebildet und vorbereitet ist. Für die Internierung scheint der neuorganisierte Territorialdienst die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, durch entsprechende Vorbereitung der Betreuung von Internierten und Flüchtlingen. Für das Bauwesen aber ist eine eindeutige Trennung zwischen den feldmäßigen Bauaufgaben der Genietruppen und der Erstellung permanenter Werke durch Zivilunternehmer unter Leitung und Kontrolle der Festungssektion notwendig. Die von der Bundesversammlung auf den Jahresbeginn 1951 beschlossene Zusammenfassung der Genietruppen und des Festungswesens in einer einzigen Dienstabteilung erstrebt eine Koordination der beiden verwandten Zweige, sie darf aber nie zu einer Verwischung der grundsätzlich verschiedenen Aufgabenkreise und Tätigkeitsgebiete führen.

Die beiden erwähnten Prozesse werfen dunkle Schatten auf unsere Armee. Im Gedanken an die Hunderttausende, die treu ihre Pflicht erfüllt haben, ist dies doppelt schmerzlich. Nach dem ersten Weltkrieg gab es keine solchen Prozesse. Für die Armee wären die Folgen damals noch weit schlimmer gewesen als dies heute der Fall ist, in einem Augenblick, in dem kein vernünftiger Mensch es wagt, die Notwendigkeit einer starken Armee in Zweifel zu ziehen.

Miles

Die Schweizer sind von Natur eine kriegerische Nation, mit lebhaftem Interesse den Waffen und jeder Betätigung von männlicher Kraft zugetan, und dieser Stempel der Nationalität muß dem Volke gegen die entnervenden Einflüsse einer bloß industriellen Lebensanschauung unbedingt gewahrt werden.

Carl Hilty